

# Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am Dienstag, 25.11.2014, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

## Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
stellv. Ausschussvorsitzender:	Bernd Redeker
Ausschussmitglieder:	Sascha Biebricher Iko Chmielewski Abbes Mahouachi Dirk von Polenz Sebastian Schmidt Hannelore Schneider
stellv. Ausschussmitglieder:	Dr. Susanne Engstler Egbert Jackenkroll
Ratsmitglieder:	Rudolf Böcker Georg Ralle Ingrid Schuster
Bürgermeister: von der Verwaltung:	Gerd-Christian Wagner Matthias Blanke Dirk Heise
Gäste:	Jörg Kreikenbohm Dipl.-Ing. Walter Glaum (zu TOP 4.31, 4.3.2 und 4.3.3) Helmut Gramann (zu TOP 4.1 und 4.2)

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 11.11.2014
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- 4.1 Bebauungsplan Nr. 126, 1. Änderung (Altjühdener Straße/Alter Plaggenkrug) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 4.2 Bebauungsplan Nr. 61 B, 11. Änderung ( Bereich Friesenhörn Nordseeklinik Dangast) - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 4.3 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) sowie 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel

- 4.3.1 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) - Abwägung
- 4.3.2 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) - Abwägung
- 4.3.3 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) sowie 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Antrag der BBV-Fraktion auf Einholung von Stellungnahmen in Form einer Bürgerbefragung zum Thema Steuerung von Tierhaltungsanlagen
- 6.2 Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel (Steuerung von Tierhaltungsanlagen) - Aufstellungsbeschluss
- 6.3 Antrag auf Aufstellung einer umfassenden Baumschutzsatzung
- 6.4 Landesraumordnungsprogramm

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Rathkamp eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wird einvernehmlich um die Tagesordnungspunkte 2.2.1, 2.3.1 und 2.4.1 des nicht öffentlichen Teils ergänzt.

#### **2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 11.11.2014**

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 11.11.2014 wird einstimmig genehmigt.

#### **3 Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin weist daraufhin, dass auf dem sogenannten „Schwabe“-Gelände durch den NABU Baumfällungen stattgefunden haben und Obstbäume gepflanzt worden sind. Dabei musste sie feststellen, dass der Obstbaumschnitt nicht fachgerecht durchgeführt wurde. Sie fragt an, warum seitens der Stadt Varel keine Prüfung des durch den NABU beauftragten Baumschnittes stattgefunden hat. Bürgermeister Wagner antwortet hierzu, dass ihm bislang nicht bekannt war, dass der Obstbaumschnitt nicht fachgerecht durchgeführt wurde. Es wird eine Prüfung durch die Verwaltung veranlassen.

## **4 Anträge an den Rat der Stadt**

### **4.1 Bebauungsplan Nr. 126, 1. Änderung (Altjühdener Straße/Alter Plagenkrug) - Abwägung und Satzungsbeschluss**

Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 126 hat in der Zeit vom 30.09. bis 29.10.2014 öffentlich ausgelegen. Herr Gramann vom Ing.-Büro Boner und Partner stellt anhand einer Präsentation die Inhalte der Planung und die eingegangenen Stellungnahmen und die zugehörigen Abwägungsvorschläge vor.

#### **Beschluss:**

Die anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 126 inklusive Begründung wird als Satzung beschlossen.

#### **Einstimmiger Beschluss**

### **4.2 Bebauungsplan Nr. 61 B, 11. Änderung ( Bereich Friesenhörn Nordseeklinik Dangast) - Abwägung und Satzungsbeschluss**

Der Entwurf der 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 B hat in der Zeit vom 22.10.-21.11.2014 öffentlich ausgelegen.

Herr Gramann vom Ing.-Büro Boner und Partner stellt anhand einer Präsentation die Inhalte der Planung, die eingegangenen Stellungnahmen sowie die zugehörigen Abwägungsvorschläge vor.

Ratsherr Böcker weist daraufhin, dass der Abstand vom Gebäude Windrose zu den Nachbarhäusern 25 m beträgt und nicht wie in der Vergangenheit behauptet nur 3 m.

Ratsherr Rathkamp ergänzt hierzu, dass mit dem Abstand von 3 m wahrscheinlich der Abstand zwischen Gebäude und Grenze des Nachbargrundstückes gemeint war.

#### **Beschluss:**

Die anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Die 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 B inklusive Begründung wird als Satzung beschlossen.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 6 Nein: 1 Enthaltungen: 3**

### **4.3 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) sowie 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel**

#### **4.3.1 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) - Abwägung**

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 207 sowie der 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel hat in der Zeit vom 14.10. bis 13.11.2014 öffentlich ausgelegen.

Herr Glaum stellt die eingegangenen Stellungnahmen und zugehörigen Abwägungsvorschläge sowie die Inhalte der Planung anhand einer Präsentation vor.

Im Rahmen der Auslegung wurde seitens des Landkreises Friesland darauf hingewiesen, dass der Bebauungsplan den tatsächlichen Verlauf der Brunner Bäke nicht korrekt annimmt und dadurch der Räumuferstreifen und die Eingrünungstreifen ebenfalls nicht korrekt sind.

Auf Grundlage dieser Stellungnahme wurde der Entwurf des Bebauungsplanes dahingehend angepasst, dass der Räumuferstreifen im Bereich des Rückhaltebeckens auf 6 m reduziert wird sowie der Eingrünungstreifen eine Mindestbreite von 6 m behält.

Diese Änderungen berühren nur die Belange des Landkreises Friesland sowie der Sielacht Bockhorn-Friedeburg. Weitere Betroffenheiten sind nicht vorhanden. Zudem werden die Grundzüge der Planung nicht berührt.

Eine erneute Auslegung ist deshalb nicht notwendig. Gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB werden nur die Stellungnahmen der Betroffenen eingeholt.

Der Landkreis Friesland und die Sielacht Bockhorn-Friedeburg haben bereits ihre schriftliche Zustimmung zu den Änderungen erklärt. Die Beschlüsse zum Bebauungsplan sind daher dreigeteilt. Zunächst wird die Abwägung und die erneute Einholung der Stellungnahmen des Landkreises Friesland und der Sielacht Bockhorn-Friedeburg zum geänderten Bebauungsplanentwurf beschlossen. Dann werden die Stellungnahmen des Landkreises Friesland und der Sielacht Bockhorn-Friedeburg abgewogen. Und abschließend erfolgen die Abwägung und der Beschluss über den Bebauungsplan und die Flächennutzungsplanänderung.

Ratsherr Böcker fragt in Bezug auf die Stellungnahme des Landkreises Friesland –untere Bodenschutzbehörde- an, ob die Stadt Varel verpflichtet ist die Einhaltung der Altfahrzeugverordnung zu prüfen. Verwaltungsseitig wird hierzu ausgeführt, dass die Stadt Varel Baugenehmigungsbehörde ist und insofern ggfls. Prüfungen durchführen muss.

Ratsherr Chmielewski spricht sich gegen die Bebauungsplanänderung aus, da hier ein Gewerbeaußenbereich verfestigt wird. Zudem sieht er mehr Aufwand auf die Verwaltung zukommen.

**Beschluss:**

Die anliegenden Abwägungsvorschläge zum Bebauungsplan Nr. 207 werden zum Beschluss erhoben. Zu dem durch die Abwägung geänderten Entwurf des Bebauungsplanes sind nach § 4a Abs. 3 BauGB die Stellungnahmen der Betroffenen (Landkreis Friesland und Sielacht Bockhorn-Friedeburg) einzuholen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 8 Nein: 1 Enthaltungen: 1**

**4.3.2 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) - Abwägung****Beschluss:**

Die durch die Änderungen des Entwurfs des Bebauungsplanes (Raumuferstreifen, Eingrünungsstreifen) Betroffenen haben keine Einwände gegen diese Änderungen erhoben. Ihre Stellungnahmen werden insofern zur Kenntnis genommen. Es verbleibt damit bei dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 8 Nein: 1 Enthaltungen: 1**

**4.3.3 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) sowie 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss****Beschluss:**

Die anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Bebauungsplan Nr. 207 nebst Begründung wird als Satzung beschlossen. Die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Begründung wird festgestellt.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 8 Nein: 1 Enthaltungen: 1**

**5 Stellungnahmen für den Bürgermeister****6 Zur Kenntnisnahme****6.1 Antrag der BBV-Fraktion auf Einholung von Stellungnahmen in Form einer Bürgerbefragung zum Thema Steuerung von Tierhaltungsanlagen**

Die BBV-Fraktion hat mit Schreiben vom 03.11.2014 beantragt im Rahmen des Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes eine Unterrichtung und Befragung der Öffentlichkeit durchzuführen.

Insbesondere Sollen die Stellungnahmen folgender Gruppen eingeholt werden:

- Kurverwaltung Dangast
- Kurverein Dangast
- Gruppe Pro Dangast

- Arbeitskreis Dorferneuerung Dangast
- Bürgerinitiative Dangast
- direkte Anlieger

Des Weiteren wird die Durchführung einer Bürgerbefragung mit dem Tenor „Sind Sie dafür, dass in Varel-Dangast keine Geflügelmastställe errichtet werden dürfen“ beantragt.

Ratsherr Böcker erläutert den Antrag der BBV-Fraktion und stellt heraus, dass insbesondere die Einholung von Stellungnahmen der genannten Gruppen für ihn von Wichtigkeit ist. Eine Bürgerbefragung könnte in einem zweiten Schritt beschlossen werden.

Ratsherr von Polenz verweist auf die Artikel der NWZ aus den vergangenen Tagen zum Thema „Massentierhaltung und Einsatz von Antibiotika“. Er spricht sich gegen die Errichtung einer gewerblichen Tierhaltungsanlage aus und unterstützt den Antrag der BBV-Fraktion.

Ratsherr Jackenkroll fragt an, ob hinsichtlich eines privaten Vorhabens eine Bürgerbefragung zulässig ist. Bürgermeister Wagner antwortet hierzu, dass dies genau zu prüfen wäre, er es jedoch für möglich hält, dass die Voraussetzung für eine Bürgerbefragung gegeben ist.

Bürgermeister Wagner stellt insgesamt fest, dass es zu der Thematik „gewerbliche Tierhaltungsanlagen“ an Informationen bei den Vareler Bürgern mangelt. Hierdurch kommt es zu diversen Spekulationen und Fehleinschätzungen. Er schlägt insofern vor, eine öffentliche Informationsveranstaltung für die Vareler Bürger durchzuführen, damit bei einer eventuell später durchzuführenden Bürgerbefragung oder eines Flächennutzungsplanänderungsverfahrens Stellungnahmen aufgrund richtiger Informationen abgegeben werden können.

Ratsherr Mahouachi stellt fest, dass er grundsätzlich für eine Bürgerbefragung ist, er sich jedoch gegen den zweiten Teil des BBV Antrages wendet, da er ein solches Vorgehen hier nicht für angezeigt hält.

Ratsherr Chmielewski weist daraufhin, dass das Thema Tierhaltungsanlagen kein Dangaster Thema ist, sondern es sich um ein Vareler Thema handelt. Insofern hält er die Bürgerbefragung für nicht zielführend. Er wird dem Antrag trotzdem zustimmen. Er stellt noch einmal heraus, dass es für ihn wichtig ist, dass die gewerblichen Tierhaltungsanlagen in ganz Varel gesteuert werden. Ihm ist dabei bewusst, dass er die landwirtschaftlichen Tierhaltungsanlagen nicht beregeln kann.

Des Weiteren stellt er fest, dass es für ihn eine politische bzw. Aufgabe der Verwaltung ist, darüber zu entscheiden, ob eine entsprechende Steuerung stattfinden soll. Dies kann nicht Bürgeraufgabe sein.

Ratsherr Redeker spricht sich ebenfalls dafür aus, vor allen anderen Maßnahmen eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen, um den Varelern Bürger die Hintergründe und Möglichkeiten darzustellen.

Auch Ratsherr Mahouachi befürwortet eine Bürgerinfo.

Ratsherr Rathkamp spricht sich ebenfalls für eine Bürgerinformation aus und gegen die Abfrage von Stellungnahme einzelner Gruppen.

Bürgermeister Wagner schlägt abschließend vor, dass man im Sinne des Antrages der BBV-Fraktion zu einer Bürgerinformationsveranstaltung die genannten Gruppen einladen könnte.

Mit Zustimmung von Ratsherrn Böcker wird der Antrag der BBV-Fraktion vorerst nicht weiter diskutiert und beschlossen. Es soll eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema „gewerbliche Tierhaltungsanlagen“ durchgeführt werden.

## **6.2 Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel (Steuerung von Tierhaltungsanlagen) - Aufstellungsbeschluss**

Mit Schreiben vom 14.10.2014 hat die MMW-Fraktion beantragt im Flächennutzungsplan der Stadt Varel Sondergebiete für Tierhaltungsanlagen auszuweisen, um so die Ansiedlung solcher Betriebe im Stadtgebiet zu steuern.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 11.11.2014 wurde der Antrag bekanntgegeben.

Seitens der Verwaltung wurden anhand einer Präsentation einige erläuternde Hinweise gegeben und rechtliche Grundlagen vorgestellt.

Zur rechtssicheren Steuerung von Tierhaltungsbetrieben sollten im Sinne des § 35 Abs. 3 BauGB Konzentrationszonen für gewerbliche Tierhaltungsbetriebe ausgewiesen werden. Sollten landwirtschaftliche Vorhaben mit Intensivtierhaltungsbetrieben beantragt werden, kann die Stadt Varel im Einzelfall über zusätzliche Steuerungsinstrumente nachdenken.

Ratsherr Chmielewski stellt den Inhalt des Antrages der MMW-Fraktion kurz vor und weist insbesondere darauf hin, dass er es für angezeigt hält zum jetzigen Zeitpunkt sich dem Problem der Steuerung von Tierhaltungsbetrieben zu nähern.

Ratsherr Meinen spricht sich für den Antrag der MMW-Fraktion aus. Er weist daraufhin, dass die Tierhaltung zurzeit privilegiert ist und man die Folgen dieser gesetzlichen Regelung bedenken sollte. Er spricht sich dafür aus alle Möglichkeiten zur Steuerung auszuschöpfen.

Ratsherr Rathkamp weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass eine gesunde Landwirtschaft vor Ort wichtig ist.

Ratsherr Meinen erläutert ergänzend, dass er grundsätzlich der Landwirtschaft positiv gegenübersteht. Er sieht jedoch einige Strukturen wie z.B. Massentierhaltung für steuerungswürdig an.

Ratsherr Mahouachi spricht sich gegen den Antrag aus, da er durch die Ausweisung von Sondergebietsflächen eine Gefahr sieht, die größer ist als die Erstellung von einzelnen Ställen durch Landwirte.

Ratsherr von Polenz sieht den Antrag der MMW-Fraktion ebenfalls als zweischneidiges Schwert an. Er wird dem Antrag jedoch trotzdem zustimmen.

Ratsherr Schmidt stellt fest, dass es sich bei dem Thema Tierhaltungsanlagen um ein schwieriges Thema handelt, dass mit Risiken und Gefahren verbunden ist. Er spricht sich dafür aus, dass in dem konkreten Fall von Dangast vorerst ein Ge-

spräch mit dem Antragsteller geführt werden sollte. Lediglich wenn dieses nicht zufriedenstellend endet, sollte man dem Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes näher treten. Er stellt fest, dass mit dem Gespräch eine Änderung des Flächennutzungsplanes nicht verhindert wird. Ein solches Gespräch mit dem Antragsteller stellt aber hier einen vorgeschalteten Zwischenschritt für eine spätere Entscheidung dar..

Ratsherr Ralle unterstützt die Meinung von Ratsherrn Schmidt. Auch er sieht die Gefahr, dass bei Ausweisung einer Fläche für Tierhaltungsanlagen Großbetriebe nach Varel eingeladen werden.

Ratsherr Redeker spricht sich ebenfalls gegen die Flächennutzungsplanänderung aus und weist daraufhin, dass zuerst eine ausführliche Information aller Beteiligten erfolgen sollte.

Diese Auffassung wird ebenfalls von Ratsfrau Engstler und Ratsherrn Rathkamp vertreten.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Engstler gibt Bürgermeister Wagner zu bedenken, dass bei einer Ablehnung des Antrages der MMW-Fraktion auf Änderung des Flächennutzungsplanes dieses Thema eventuell erst wieder nach Ablauf von 6 Monaten beraten werden kann.

Der Antrag der MMW-Fraktion auf Änderung des Flächennutzungsplanes wird einvernehmlich zurückgestellt.

### **6.3 Antrag auf Aufstellung einer umfassenden Baumschutzsatzung**

Mit Schreiben vom 13.11.2014 hat eine Vareler Bürgerin beantragt eine Baumschutzsatzung aufzustellen, die alle Bäume ab einem Stammdurchmesser von 30 cm unter Schutz stellt sowie Kastanien ab einem Stammumfang von 30 cm.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass die Stadt Varel über eine Baumschutzsatzung verfügt, diese jedoch genau genannte Einzelbäume schützt und keine generelle Regelung enthält.

Anhand von Pappscheiben wird anschaulich dargestellt, wie groß der beantragte Umfang und Durchmesser ist.

Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass zu befürchten steht, dass bei einer Baumschutzsatzung in diesem Stil viele Grundstückseigentümer ihre Bäume noch fällen werden. Auch ist zu bedenken, dass eine solche Satzung in die Rechte der Grundstückseigentümer eingreift.

Ratsherr von Polenz spricht sich grundsätzlich dafür aus eine allgemeine Baumschutzsatzung zu erlassen. Über die genauen Regelungsinhalte, zum Beispiel die Stammumfänge, müsste noch gesprochen werden.

Ratsherr Böcker bittet darum das Thema zunächst in den Fraktionen zu beraten, da er weitere Informationen für seine Entscheidung benötigt. Auf seinen Wunsch hin wird die Baumschutzsatzung der Stadt Varel dem Protokoll beigelegt.

Ratsherr Meinen spricht sich ebenfalls für den Erlass einer allgemeinen Baumschutzsatzung aus, da seiner Meinung nach die bisherige Satzung kaum Schutz-

möglichkeiten bietet.

Ratsherr Chmielewski hält den Erlass einer allgemeinen Baumschutzsatzung auch für wünschenswert, um einen besseren Baumschutz zu gewährleisten. Im Rahmen der Satzungsaufstellung sollte auch das Verfahren zur Genehmigung zur Fällung von Bäumen geregelt werden.

Ratsherr Meinen stellt noch einmal klar, dass auch mit dem Erlass einer Baumschutzsatzung das Fällen von Bäumen im Stadtgebiet weiter möglich sein muss.

Ratsherr Redeker spricht sich gegen den Erlass einer solchen Satzung aus. Er sieht die Rechte der Bürger eingeschränkt und ist der Meinung, dass man auf den gesunden Menschenverstand der Vareler Vertrauen sollte.

Ratsfrau Engstler fragt an, ob es Kriterien geben sollte wann ein Baum gefällt werden darf. Verwaltungsseitig wird hierzu ausgeführt, dass solche Kriterien im Rahmen der Diskussion über die Inhalte der Satzung festgelegt werden müssen.

Ratsherr Rathkamp spricht sich dafür aus, dass die Thematik zur Aufstellung einer allgemeinen Baumschutzsatzung zuerst in den Fraktionen beraten werden sollte. Das Thema wird insofern in die Fraktionen zur Beratung verwiesen.

#### **6.4 Landesraumordnungsprogramm**

Die Stellungnahme des Kreislandvolkverbandes zum Landesraumordnungsprogramm wird zur Kenntnis gegeben (siehe Anlage).

Zur Beglaubigung:

gez. Jürgen Rathkamp  
(Vorsitzende/r)

gez. Matthias Blanke  
(Protokollführer/in)